58. Jahrgang No. 322

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 13. Juli 1910

Der Kaiserbrief.

In London wurde heute der angebliche Wortlaut des Briefes des deutschen Kaisers an den Präsidenten Madriz von Nicaragua mitgeteilt. Danach lautet der Brief:

„Straßburg, 26. April.

Großer und guter Freund!

In Ihrem Briefe vom 27. Dezember vergangenen Jahres wird mir die Mitteilung, daß Eure Exzellenz zum Präsidenten der Republik gewählt worden ist durch das wohlverdiente Vertrauen Ihrer Mitbürger, und daß Eure Exzellenz Ihr ehrenvolles Amt am 21. desselben Monats übernommen haben. Ich bitte Sie, Herr Präsident, meine Glückwünsche entgegenzunehmen. Seien Sie versichert, daß meine Regierung sich bemühen wird, die besten Beziehungen zu erhalten und zu pflegen, die glücklicherweise zwischen dem Deutschen Reiche und der Republik Nicaragua schon jetzt bestehen. Indem ich Ihnen meinen Dank für ihre wohlwollenden Worte ausspreche, versichere ich Sie meiner besten Wünsche für Ihr persönliches Wohlergehen und das der Republik von Nicaragua und meiner größten Hochachtung vor beiden. gez. Wilhelm I. R."

Wenn der Brief in der Tat so lautet — amtlichen Charakter hat die Londoner Veröffentlichung nicht —, so ist er nichts weiter als ein formelles Glückwunschschreiben. Jede Aufregung politischer Art darüber ist überflüssig und erkünstelt.

In dieser Erkenntnis ist man auch in Amerika gelangt. Wie ein offiziöses Telegramm aus Washington meldet, hat das dortige Staatsdepartement die Mitteilung des deutschen Kaisers an den Präsidenten Madriz von Nicaragua von Anfang an für einen reinen Formalitätsakt gehalten und sieht daher keine Basis dafür gegeben, irgendwelche Aufklärungen in dieser Angelegenheit von der Madrizpartei zu verlangen.

Man ist in den Regierungskreisen der Union nur der Ansicht, daß Deutschland mit der Beglückwünschung des Präsidenten Madriz übereilt gehandelt habe. Als England die Anerkennung des Präsidenten Madriz erwog, habe es sich inoffiziell über die Stellung der Vereinigten Staaten hierzu informiert und dann auf die Mitteilung hin, daß die Regierung in Washington Madriz nicht anerkenne, die Sache auf unbestimmte Zeit verschoben.

Deutschlands überstürztes Vorgehen mache es also klar, daß das Auswärtige Amt in Berlin sich um die Auffassung der Vereinigten Staaten nicht kümmere und auf die Monroedoktrin augenscheinlich keine Rücksicht nehme.

Auch diese Empfindlichkeit erscheint übertrieben. Der Brief des Kaisers in der vorliegenden Form kann unmöglich als ein Eingriff in die Monroedoktrin (Amerika den Amerikanern!) betrachtet werden.

Das prinzliche Wild.

Den Potsdamer Bezirksausschuß beschäftigten gestern drei Klagen, in denen Wildschadenersatzansprüche verfochten wurden. Uebereinstimmend wurde in den drei Klageanträgen die Tatsache festgestellt, daß alljährlich in dem Revier des Prinzen Friedrich Leopold bei Zehlendorf ein erheblicher Wildschaden angerichtet wird, da der reiche Wildbestand im Westen Berlins nicht zum Abschuß kommt und das Rehwild hauptsächlich schon so zahm geworden ist, daß es sich kaum von den Grundstücken verscheuchen läßt.

Aber auch die Hirsche und allen voran die Schausler richten ganz gewaltigen Schaden an, von dem die Klage des Landwirtes Siggel gegen die Zehlendorfer Jagdgenossenschaft ein Bild gibt. Siggel hat ein zwischen dem Königsweg und der Potsdamer Chaussee gelegenes und an das Rittergut Düppel angrenzendes Areal gepachtet und darauf Kartoffeln angebaut. Ungefähr 20 Zentner Kartoffeln wurden durch die Hirsche vernichtet. Es kam zur Klage, weil die Jagdgenossenschaft nur einen Schaden von 85 Mark anerkennen wollte, während der Kläger seinen Schaden auf 510 Mark beziffert. Der größte Teil des sieben Morgen großen Kartoffelfeldes war verwüstet.

Nehnlich hauste das Rehwild auf dem benachbarten Grundstück der Frau Gartenins'pektor Hermes aus Zehlendorf. In der der Klägerin gehörigen Baumschule wurde durch Wildverbiß ein Schaden angerichtet, der auf 1000 Mark beziffert wurde. Die Klägerin begnügte sich aber mit einer Entschädigung von 180 Mark. Ueber ihre Baumschule ging ein regelrechter Wildwechsel und es wurde beobachtet, wie Rehe über mannshohe Umzäunungen sprangen und unbekümmert um die Anwesenheit von Personen — es war die Wildschadenabschätzungskommission an Ort und Stelle — ihre Aesung suchten. Zweimal wurde bereits die Jagdgenossenschaft verurteilt.

In diesem Jahre allein ist bereits ein Wildschaden von mehr als 1500 Mark auf dem Grundstück der Frau Hermes anerkannt. Diese Tatsachen bieten kein erfreuliches Bild von dem Wildreichtum im Westen der Metropole, der allmählich zu einer Gefahr für die Landwirtschaft wird, da die Geschädigten die größten Schwierigkeiten zu überwältigen haben, um annähernd durch den Wildschadenersatz befriedigt zu werden. Ganz ähnlich verhält es sich mit der Kaninchenplage, nur mit dem Unterschied, daß die Kaninchen sich hauptsächlich die fiskalischen königlichen Forsten aufs Korn nehmen und die Spitzen der jungen Nadelhölzer abfressen. Aus diesen ständigen Gefahren, die der zwischen Berlin und Potsdam ausgebreiteten Forst- und Landwirtschaft drohen, erklärt sich auch das Bestreben der Grundbesitzer, ihr Gelände der „Bebauung zu erschließen."

Freiligrath vor Gericht.

Die Breslauer Polizei hat im Bunde mit der Staatsanwaltschaft gegen die „Breslauer Volkswacht" eine Anklage eingeleitet, und zwar wegen Abdrucks und Erläuterung des Freiligrathschen Gedichtes: „Die Toten an die Lebenden", des Gedichtes also, wegen dessen der Dichter im Revolutionsjahre freigesprochen wurde! — In Berlin ist erst dieser Tage verständigerweise ein Vorgehen gegen Herwegh abgelehnt worden. In Breslau soll sich nun die Justiz an Freiligrath die Finger verbrennen. Das kann hübsch werden!

Das nationalliberale Chaos.

Bei den Nationalliberalen geht es jetzt drunter und drüber. Herr Bassermann steht verstimmt abseits. Das benutzen die kleinen Gernegroße in der Partei, um lauten Tones ihre eigene Weisheit zu verkünden, die sie seit langem mißmutig auf Flaschen gezogen haben. Selbst der „Fall Hohenlohe" gibt diesen Herren wenig zu denken. Sie wollen auch mal etwas zu sagen haben. Es ist eine Aktion der gekränkten Leberwürste. In Bochum-Gelsenkirchen wollen die Nationalliberalen sich mit dem Zentrum und den Konservativen verbinden, um einen kleinen Vorteil herauszuschlagen. In Hagen-Schwelm haben sie sich mit dem Zentrum und den Christlichsozialen verbrüdert.

Was sollen, fragt die „Lib. Korresp.", alle diese Wühlereien? Läßt sich die nationalliberale Partei das noch lange bieten, daß einige verkappte Reaktionäre, so sich „nationalliberal" nennen, den Versuch machen, die nationalliberalen Wähler zu düpieren und in das schwarzblaue Lager hinüberzuführen? Parlamentsferien sind noch lange keine politischen Ferien. Eine zielbewußte Parteiführung muß dafür sorgen, daß solchen Hundstagspolitikern das Handwerk beizeiten gelegt wird.

Eine merkwürdige Nachricht kommt auch aus Leipzig. Dort hielt an einem reservierten Tisch in einem Bierlokal die antisemitische Reformpartei Sachsens einen Parteitag ab, der sich auch mit der Reichstagsnachwahl in Zschopau-Marienberg beschäftigte. Dabei wurde erklärt, daß einige einflußreiche nationalliberale Herren die bindende Erklärung abgegeben hätten, schon bei der Hauptwahl für die antisemitische Kandidatur Fritzsche einzutreten zu wollen.

25 000 Arbeiter ausgesperrt.

Aus Budapest meldet ein Telegramm: Der Arbeitgeberverband der Eisenindustriellen hat auf die Weigerung der Arbeiter zweier Eisenfabriken, die Arbeiten der in Lohndifferenzen befindlichen Sangerhausener Eisenfabrik auszuführen, eine allgemeine Aussperrung im Falle fortgesetzter Arbeitsverweigerung der Arbeiter beschlossen, von der etwa 25000 Arbeiter betroffen werden würden.

Das belgische Königspaar in Paris. Bei dem Diner, das gestern der Präsident Fallières zu Ehren des belgischen — nicht, wie infolge Druckfehlers in unserem heutigen Morgenblatte zu lesen war, bulgarischen — Königspaares gab, tauschten der Präsident und der König Albert die bei solchen Anlässen üblichen freundschaftlichen Trinksprüche aus.

Streiks und Aussperrungen in Frankreich. Die Hafenarbeiter in Lorient sind in den Ausstand getreten. Die Hafenanlagen werden militärisch bewacht. — Die Konservenfabrikanten in Concarneau haben beschlossen, infolge der drohenden Haltung der Ausständigen die Fabriken vom nächsten Sonnabend ab zu schließen. — Die Toulouser Hafenarbeiter und Frachtkutscher haben die Absicht angekündigt, mit den streikenden Gas- und Elektrizitätsarbeitern gemeinsame Sache zu machen.

Das Frauenstimmrecht im Unterhause.

Aus der gestrigen Sitzung des englischen Unterhauses meldet ein Telegramm aus London weiter: Die Entscheidung der Frage des Frauenstimmrechts ist dadurch erschwert, daß abgesehen von der Gewährung eines Wahlrechts für die Frauen überhaupt von manchen Seiten scharf Stellung genommen wurde gegen die in dem Gesetz vorgeschlagenen einzelnen Bestimmungen des Wahlrechts. Churchill zum Beispiel erklärte, obwohl er dem Frauenstimmrecht nicht absolut feindlich gegenüberstehe, den Gesetzentwurf in manchen Beziehungen in seiner Wirkung nicht nur für undemokratisch, sondern sogar für antidemokratisch. Ebenso besprach Asquith den Gesetzentwurf und führte aus, daß er auf die sozialen und politischen Bedürfnisse des Landes Rücksicht zu nehmen habe. Er halte es für besser, die Scheidewand zwischen den Geschlechtern aufrechtzuerhalten, die bisher wie in England so auch in den parlamentarischen Systemen der übrigen großen Kulturvölker bestanden habe. Bezüglich der Warnungen Maclarens sprach Asquith die dringende Bitte aus, eine solche Sprache im Hause zu vermeiden; dadurch würde keine einzige Stimme für die Sache gewonnen werden. Balfour befürwortete den Gesetzentwurf, ebenso Runciman. Lloyd George erklärte, den Gesetzentwurf nicht unterstützen zu können, obwohl er ein ausgesprochener Anhänger des Frauenstimmrechts sei. Chamberlain bekämpfte den Gesetzentwurf von allgemeinen Gesichtspunkten aus.

Die zweite Lesung der Vorlage über das Frauenstimmrecht wurde sodann mit 299 gegen 190 Stimmen angenommen, dagegen wurde schließlich ein Antrag, die Vorlage einer Kommission zu überweisen, mit 320 gegen 175 Stimmen abgelehnt. Dieser letzte Beschluß bedeutet, daß die Vorlage in dieser Session eine weitere Förderung nicht finden wird.

Keine Amnestie für Barcelona. In der gestrigen Sitzung der spanischen Deputiertenkammer erklärte, wie ein Telegramm aus Madrid meldet, in der Beratung über den Antrag auf Amnestie für die im Zusammenhang mit den Vorgängen in Barcelona Verurteilten Ministerpräsident Canalejas, daß er sich einer derartigen Maßnahme widersetzen müsse. Man fordere in revolutionärem Tone eine Amnestie, indem man drohe, die Regierung stürzen zu wollen, und man konspiriere im Innern Spaniens unablässig gegen den Staat. Die Verschwörung sei von Elementen organisiert, die auch in der Kammer vertreten seien. Der Sozialist Iglesias erklärte, die Sozialisten könnten sich allerdings nicht verpflichten, innerhalb der Grenzen der Gesetze zu leben.

Wieder eine furchtbare Ballonkatastrophe!

Lenkballon Erbslöh abgestürzt.

Sämtliche 5 Insassen tot.

Abermals ist die Luftschiffahrt von einem schweren Unglück betroffen worden. Aus Leichlingen meldet ein Telegramm:

Der Lenkballon „Erbslöh" der Rheinisch-Westfälischen Motorluftschiffahrtsgesellschaft, der heute vormittag 9 Uhr 4 Min. aufgestiegen war, ist nach halbstündiger Fahrt bei Pattscheid aus beträchtlicher Höhe abgestürzt. Sämtliche fünf Insassen sind tot.

Ein zweites, 12 Uhr 40 Min. hier eingetroffenes Telegramm aus Leichlingen berichtet über den schrecklichen Vorgang:

Die Namen der fünf Insassen, die bei der Ballonkatastrophe den Tod gefunden haben sind: Oskar Erbslöh-Elberfeld (Führer), Fabrikant Tölle-Barmen, die Ingenieure Kranz-Hagen und Höpp-Elberfeld und der Monteur Spies. Alle Leichen sind **schrecklich verstümmelt,** die Gondel ist **vollständig zertrümmert,** der Motor hat sich tief in die Erde eingebohrt.

Nach einer Version ist das Unglück darauf zurückzuführen, daß der heute vormittag herrschende Nebel so stark auf die Ballonhalle eingewirkt hat, daß diese **geplatzt** ist. Die Leichen sind schon geborgen und nach Leichlingen übergeführt worden.

Das Luftschiff hatte seit einigen Tagen nach mehrfacher Havarie seine Fahrten weder aufgenommen und mehrere glückliche Flüge gemacht. Der verunglückte Führer Oskar Erbslöh war einer der bekanntesten deutschen Luftschiffer; sein Name wurde allgemein bekannt und gefeiert, als er im Jahre 1907 das Gordon-Bennett-Wettfliegen in Amerika für Deutschland gewann.

Das verunglückte Luftschiff, dessen Hülle zerriß, ist erst im Jahre 1909 gebaut worden. Es faßte 2900 Kubikmeter Wasserstoffgas und war mit einem 125 PS.-Motor ausgerüstet.

Zum Rücktritt des Scheich-ül-Islam wird aus Konstantinopel gemeldet: Nach Gerüchten in oppositionellen Kreisen ist der Scheich-ül-Islam-Husni zum Rücktritt gezwungen worden, weil er die innerpolitische Richtung der jungtürkischen Partei nicht billigte. Es sind auch Gerüchte im Umlaufe, daß Husni mit dem entdeckten Geheimkomitee entfernte Fühlung gehabt habe.

Der Scheich hatte den Sultan vor zwei Tagen besucht und dabei auf die Unsicherheit der innerpolitischen Lage sowie auf die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung hingewiesen und den Sultan gewarnt. Der Inhalt der Unterredung wurde von Palastkreisen dem Großwesir mitgeteilt, der in einem partiellen Ministerrat unter Zuziehung der Komiteechefs Halil und Nasim die Absetzung des Scheichs beschloß. Daraufhin wurde der Scheich zur Demission aufgefordert und diese vom Sultan sogleich bewilligt. Zum neuen Scheich wurde Senator Mussa Kiasim Effendi ernannt, er ist ein ausgesprochener Jungtürke, soll aber keinen besonderen Einfluß unter der niederen Geistlichkeit besitzen.

Das russisch-japanische Abkommen.

Der russische Botschafter und ebenso der japanische Botschafter haben am Montag im hiesigen Auswärtigen Amt den Wortlaut des zwischen ihren Ländern getroffenen neuen Abkommens zur Kenntnis gebracht. Die Botschafter bemerkten dabei, der neue Vertrag bilde eine Ergänzung zu dem russisch-japanischen Abkommen von 1907 und bedeute eine weitere Bürgschaft für die Erhaltung des Status quo und des Friedens im fernen Osten. Es wurde auch darauf hingewiesen, der Grundsatz der offenen Tür bleibe unverletzt.

Der Staatssekretär Freiherr v. Schoen nahm die Mitteilungen der beiden Botschafter dankend entgegen und drückte die Erwartung aus, daß der für Deutschland bei der Verfolgung seiner wirtschaftlichen Bestrebungen im fernen Osten wichtige Grundsatz der offenen Tür aufrecht erhalten bleiben werden.

Der Panamerikanische Kongreß ist gestern in Buenos Aires eröffnet worden. Der Minister des Aeußeren hieß die Delegierten willkommen. Der Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika, White, erklärte in seiner Erwiderung, die Freundschaft und Solidarität Amerikas bedeute für die Interessen der alten Welt keine Gefahr. Zum Präsidenten des Kongresses wurde Vermejo, der Delegierte Argentiniens, gewählt.

Das Attentat in Lichtenrade.

Der Täter noch nicht ermittelt.

Das aufsehenerregende Attentat auf den Gutsbesitzer Otto Kraatz in Lichtenrade hält die Polizeibehörden von Lichtenrade, Mahlow und Berlin noch immer in Atem. Die zuerst gehegte Vermutung, daß ein Verwandter des Gutsbesitzers, ein junger Vetter, mit dem Verbrechen in Zusammenhang stände, hat sich nicht bestätigt. Der junge Mann, der in Frage kam, konnte heute morgen nachweisen, daß er um die fragliche Zeit weder in Lichtenrade gewesen ist, noch bezüglich der Schrift in Betracht kommen kann. Der eine Brief, in dem von vierzig Mitgliedern des Komplotts die Rede ist, ist nicht wörtlich zu verstehen. Der Täter scheint aber auf jeden Fall eine Person zu sein, die mit den Verhältnissen der Familie Kraatz vertraut ist und eine zweite Persönlichkeit zu dem zweiten Brief herangezogen hat. Ueber den Stand der Untersuchung wird berichtet:

Die Familie Kraatz vermutet, daß ein Mitglied der Familie deshalb in Frage kommen könnte, weil der Erpresser mit den Gepflogenheiten und den Verhältnissen der Familie vertraut sei. Die Tat sei anscheinend geschehen, nicht um einem Familienmitglied körperliche Verletzungen zuzufügen, sondern aus Habgier.